

## TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/194

Bonn, den 9. Oktober 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	In sich gefestigt, modern und aufgeschlossen ----- Vorbereitungen zum SPD-Parteitag in Karlsruhe Von G. Markscheffel	67
3	Wo bleibt die Konsultation Bonn - Paris ? ----- Langfristige französische Kredite für Moskau	21
3	Zu schnell vorgeprescht ----- Auch Politik muß gekonnt sein	21
4 - 5	Kollege Friedensburg sieht es ganz anders ----- Adenauers Rolle im Rheinlandseparatismus ist nicht unumstritten Von Herbert Bermeitinger	83
6	Tito will seine Sonderrolle bewahren ----- Warum Jugoslawiens KP noch keine endgültige Zusage zum "Treffen des Weltkommunismus" gegeben hat Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher	48

In sich gefestigt, modern und aufgeschlossen

Verbereitungen zum SPD-Parteitag in Karlsruhe

G. M. - Eine demokratische Partei muß - wenn sie den ihr vom Grundgesetz gegebenen Auftrag erfüllen will - ihre Mitglieder und Freunde in einem ständigen Prozeß des Gedankenaustauschs an der Willensbildung der Gesamtpartei beteiligen. Als Instrumente zur Erfüllung dieses Auftrages dienen ihr die Mitgliederversammlungen, Fachkonferenzen, regionale und nationale Kongresse.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nimmt diesen Auftrag sehr ernst. Sie ist seit einem Jahrhundert die einzige festgefügte und gutorganisierte Mitgliederpartei, die auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens - von der Gemeinde bis zur Staatsspitze - die Mitarbeit des einzelnen Staatsbürgers an der Festigung des demokratischen Staates zielbewußt fördert. Hätte sich die SPD nicht immer so verhalten, wäre sie das nicht geworden, was sie heute ist: der lebendigste Ausdruck der deutschen Demokratie.

Sofort nach dem zweiten Weltkrieg ist die SPD dazu übergegangen, immer stärker auch in jene Bereiche des öffentlichen Lebens vorzustoßen, in denen man früher oft meinte, eine Partei habe dort kein Wirkungsfeld. Die fortschreitende Industrialisierung mit ihren komplizierten Problemen für die Menschen, das Nöherrücken von Stadt und Land und die Vielschichtigkeit der gesellschaftspolitischen Aufgaben führten auch in der Partei zu jener Aufgeschlossenheit, die das Wesen der modernen deutschen Sozialdemokratie ausmacht.

Auf dem Wege über das Godesberger Grundgesetzprogramm, mit dessen Hilfe die Tore der Partei für alle Bürger geöffnet wurden, die dem allgemeinen Fortschritt dienen wollen, kamen neue Mitarbeiter aus allen Schichten der Bevölkerung zu ihr. Trotz der Vielfalt gesellschaftlicher Gruppen, die heute in der Sozialdemokratie ihre politische Heimat gefunden haben, ist sie doch eine in sich gefestigte Gemeinschaft geblieben.

Dieser Entwicklung Rechnung tragend, hat die SPD in jüngster Zeit auf zahlreichen Fachtagungen, Arbeitskongressen und in öffentlichen Aussprachen dafür Sorge getragen, daß auch jene ihre Ideen

9. Oktober 1964

darlegen konnten, die nicht Mitglieder der Partei sind. Diese Methode der Erweiterung der Mitarbeit über den Kreis der Parteimitglieder hinaus, hatte eine Doppelwirkung: Sie belebte die innerparteiliche Diskussion und sie führte dazu, daß Vorstellungen, die schon früher im Rahmen der Partei selbst entwickelt worden waren, nunmehr auf breiter Ebene mit anderen Vorstellungen konfrontiert werden konnten.

In diesem Jahr wird die SPD auf ihrem Parteitag in Karlsruhe einen neuen Schritt zur Belebung der öffentlichen Auseinandersetzung über die Probleme unseres Volkes tun. Während in früheren Jahren die über 350 ordentlichen Delegierten des Parteitages oft erst kurz vor dem Kongreß mit den Anträgen des Parteivorstandes, der Arbeitsgruppen einzelner Fachgebiete und anderer Führungsgremien bekanntgemacht werden konnten, wird in diesem Jahr der Parteivorstand seine Entschließungs-Entwürfe und ihre Begründung schon einige Wochen vorher den Bezirken zur Kenntnis bringen. Die Bezirke sollen dadurch in die Lage versetzt werden, auf ihren Konferenzen, auf denen die Delegierten zum Parteitag in Karlsruhe gewählt werden, sich mit den Anträgen auseinanderzusetzen, zu ihnen Stellung zu nehmen und gegebenenfalls ihre Delegierten mit Zusatzanträgen nach Karlsruhe zu schicken.

Der Parteivorstand der SPD geht bei der Wahl dieser Methode zur Vorbereitung des Bundesparteitages von der Voraussetzung aus, daß jedes Mitglied der SPD das Recht und die Möglichkeit hat, seinen Beitrag zur Gestaltung des Willens der Gesamtpartei zu leisten.

Es gibt keine Partei in Deutschland, die mit einer solchen Intensität und Offenheit die sie bewegenden Zeitfragen zur Diskussion stellt. Nicht hinter verschlossenen Türen, nicht in Form von einsamen Beschlüssen, sondern als Aufruf zur Mitarbeit an der Gestaltung unserer Gesellschaft soll innerhalb und ausserhalb der großen Sozialdemokratie das Bewußtsein für die gemeinsame Verantwortung im demokratischen Staat gefordert und belebt werden.

Wo bleibt die Konsultation Bonn - Paris ?

F.R. - Frankreich ist jetzt bereit, der Sowjetunion Kredite mit einer Laufzeit bis zu sieben Jahren zu gewähren. Diese Frist soll sogar bis auf zehn Jahre verlängert werden können, wenn französische Privatbanken Sondervereinbarungen treffen, für die natürlich der französische Staat Bürgschaften übernehmen würde. Mit dieser Entscheidung ist de Gaulle der Bundesregierung bei den bevorstehenden deutsch-sowjetischen Handelsbesprechungen in den Rücken gefallen. Während die Bundesregierung bisher bei den Vorbereitungen zu einem Handelsvertrag mit der Sowjetunion eine relativ günstige Ausgangsposition hatte, scheint man in Moskau das Zustandekommen eines Abkommens absichtlich verzögert zu haben, um das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Paris und dem Kreml abzuwarten. Nachdem Paris das sogenannte Berner Abkommen durchbrochen hat, kann Moskau das sowjetisch-französische Verhandlungsergebnis bei den Verhandlungen mit Bonn als Druckmittel benutzen.

Es bestehen keine Anzeichen dafür, daß die französische Regierung die Bundesregierung in dieser Frage konsultiert hat, wie es nach dem Wortlaut und Sinn des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages eigentlich notwendig gewesen wäre. Man darf gespannt sein, ob sich die Bundesregierung diesen neuen Alleingang de Gaulles bieten lassen wird.

\* \* \*  
Zu schnell vorgeprescht

sp - Bundeskanzler Erhard scheint nicht gerade den besten Beraterstab um sich zu haben. Was in aller Welt hat ihn bewogen, gleich zweimal knapp hintereinander, auf Pressekonferenzen in Bonn und Berlin, den baldigen Abschluß eines Abkommens zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik über die Bildung einer multilateralen Atomstreitmacht (MLF) anzukündigen? Die Öffentlichkeit bekam den Eindruck, der Vertrag sei schon unterschrittsreif; Äußerungen des deutschen NATO-Etschafters Grewe steigerten noch die Verwirrung. Aus den Vereinigten Staaten kam nun die kalte Dusche. Befragt, ob Washington und Bonn gewissermaßen im Alleingang einen solchen Vertrag zeichnen werden, antwortete der US-Außenminister Rusk: "Das ist eine Möglichkeit, die sich bisher noch nicht ergeben hat". Wer Ohren hat, vermag den großen Unterschied zwischen dem, was Erhard als Gewissheit ankündigte, Rusk aber als eine "noch nicht gegebene Möglichkeit" bezeichnete, herauszuhören. Was hat sich Erhard dabei gedacht? Wollte er die USA in einer Frage festlegen, die noch gar nicht ausdiskutiert ist? Bei einiger Überlegung hätte der Bundeskanzler auch die Auswirkung seiner Worte bedenken müssen. Es steht der Bundesrepublik nicht gut an, auf diesem so heiklen Gebiet den Vorreiter zu spielen. Das ist schlechte Politik, sie nährt das Mißtrauen. Mehr Zurückhaltung wäre hier angebracht.

Kollege Friedensburg sieht es ganz anders

Adenauers Rolle in Rheinlandseparatismus  
ist nicht unumstritten

Von Herbert Berneitinger

"Ich war kein Separatist". Diesen Satz hat der CDU-Vorsitzende Konrad Adenauer in der regionalen Fernsehsendung "Prisma des Westens" geprägt, in der er über seine Amtszeit als Kölner Oberbürgermeister (1917 - 1933) berichtete. Adenauer sprach aber nicht nur sich selbst von dem Vorwurf des Separatismus frei, sondern er beschuldigte gleichzeitig die Regierung Stresemann, am 12. November 1923 einen Kabinettsbeschluss gefaßt zu haben, in dem sie die zeitweise Loslösung der durch alliierte Truppen besetzten rheinischen und westfälischen Gebiete vom Deutschen Reich vorgeschlagen habe.

Es ist hier nicht der Platz, die Ausführungen Adenauers bis in alle Einzelheiten zu untersuchen. Wir meinen aber, darauf aufmerksam machen zu müssen, daß das Bild, das Adenauer von der rheinischen Separatistenbewegung und von sich selbst gibt, keineswegs unumstritten ist.

Um nur ein einziges Beispiel zu nennen: Professor Dr. Dr. Ferdinand Friedensburg, Domherr von Brandenburg, von 1927 - 1933 Regierungspräsident in Kassel, ehemaliges Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei und heute prominentes Mitglied der CDU/CSU-Fraktion, ist zu ganz anderen Schlußfolgerungen gekommen. Wer etwa in Friedensburgs Buch "Die Weimarer Republik (Berlin 1946) nach Hinweiser auf die Beteiligung Adenauers an den Separationsbestrebungen sucht, findet auf Seite 113 folgende bemerkenswerte Sätze:

"Die ersten Bestrebungen auf Änderung der staatsrechtlichen Stellung der Rheinlande machten sich bald nach dem Einmarsch der Besatzungsmächte in Dezember 1918 an zahlreichen Orten geltend, zunächst ohne jede Andeutung revolutionärer Absicht. Am 4. Dezember beschlossen zwei große Versammlungen von Zentrumsanhängern in Köln die baldige Proklamierung einer zum Deutschen Reich gehörigen rheinisch-westfälischen Republik; bekannte Politiker: Frimborn, Proberger, Kattert, A d e r a u e r und andere waren in der Bewegung führend. Die Sozialdemokratische Partei, entschieden unitarisch gerichtet, unterstützt namentlich von der Deutschen Volkspartei, der einflußreiche Industrielle angehörten, leistete heftigen Widerstand und setzte durch, daß von einer Verfolgung dieser Pläne vor der Schaffung einer neuen deutschen Gesamtverfassung Abstand genommen wurde. Auch die neugewählte preu-

Bische Landesversammlung sprach sich am 24. März 1919 einstimmig, bei Stimmenthaltung des Zentrums, gegen alle Lösungsbestrebungen des Rheinlandes von Preußen aus. Die Reichsregierung nahm ebenfalls scharf Stellung gegen die Bewegung, als bekannt wurde, daß bereits Besprechungen mit den französischen Stellen eingeleitet worden waren."

Auf Seite 21 schreibt Ferdinand Friedensburg:

"Nach dem Zusammenbruch des deutschen Widerstandes im Ruhrkampf war aber zeitweilig die Bildung eines von Deutschland mehr oder weniger losgelösten, von Frankreich abhängigen Rhein-Ruhr-Staates in bedenkliche Nähe gerückt. Das Reich war finanziell nicht mehr in der Lage, die Bevölkerung zu erhalten, und der endgültige Zusammenbruch der Währung legte hier noch mehr als an vielen anderen Landesteilen den Gedanken nahe, sich ein eigenes wertbeständiges Zahlungssystem zu schaffen. Auch führende Männer, an deren deutscher Gesinnung Zweifel nicht möglich sind, wie Adenauer, Louis Hagen, Stinnes, Jarres, strebten auf verschiedenen Wegen Lösungen an, die das Reich zeitweilig von der untragbaren Last befreien, den besetzten Gebieten aber im Einvernehmen mit der übermächtigen Gewalt der französischen Bajonette ein zeitweiliges Sonderdasein ermöglichen sollten."

Professor Friedensburg sieht aber nicht nur die Teilnahme Adenauers bei den Separationsbestrebungen anders, er ist auch in der Beurteilung Gustav Stresemanns ganz anderer Meinung:

"Der preußische Ministerpräsident Brauns wandte sich am 4. Dezember 1923 vor dem zustimmenden Landtag scharf gegen jede Lösung auch nur von Preußen. Auch die Reichsregierung, vor allem Stresemann selbst, gab noch in den kritischen Tagen den Widerstand nicht auf. Starke Teile der Bevölkerung im besetzten Gebiet selbst, vor allem die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften aller Richtungen, blieben fest, auch als weite Kreise des Bürgertums wankend schienen. Es war fast ein Glück, daß auch Westfalen mit seiner zähen Bevölkerung in die Rheinestaatlösung einbezogen war."

Wir meinen, 45 Jahre nach dem Beginn der Rheinlandbesetzung und der Separationsbestrebungen wäre es an der Zeit, daß wenigstens die beiden CDU-Mitglieder und Bundestagskollegen Adenauer und Friedensburg, sich darin einig werden, wer Geschichte geschrieben und wer Geschichtsklitterung - mit oder ohne Absicht - betrieben hat. Falls Dr. Adenauer das Werk seines Parteifreundes Friedensburg nicht kennt: Es ist unter Nr. M 3209 in der Bibliothek des Deutschen Bundestages zu finden.

Tito will seine Sonderrolle bewahren

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher

Die vielen Kontakte, die der jugoslawische Staatspräsident Tito mit führenden Ostblockkommunisten in den letzten Wochen gehabt hat, und selbst die erfolgte Assoziation Jugoslawiens mit dem Comecon, der Wirtschaftsorganisation des Ostblocks, haben Belgrad trotzdem nicht von seinen Vorbehalten gegen die von Chruschtschow gewünschte Weltkonferenz aller kommunistischen Parteien abbringen können. Bereits in dem gemeinsamen ungarisch-jugoslawischen sowie tschechoslowakisch-jugoslawischen Kommuniqué war vielmehr zu ver- stehen gegessen worden, daß jede kommunistische Partei selbst über die Formen zu befinden habe, die zur Überwindung der im Lager des Kommunismus entstandenen Schwierigkeiten beitragen könnten. Da in diesen Dokumenten die Konferenz mit keinem Wort erwähnt worden war, konnte unschwer geschlossen werden, daß es weder Kadar, noch Nowotny gelungen war, Tito zu einer grundsätzlichen Revision seines Standpunktes zu bewegen.

Trotz der gegenwärtig recht deutlich geäußerten Unwahrscheinlichkeit einer jugoslawischen Teilnahme an der Konferenz sollte man sich jedoch hüten, daraus ein endgültiges und unwiderrufliches Belgrader NEIN zu Chruschtschows Plänen zu schlußfolgern. Die jugoslawischen Politiker sind erfahren genug, sich nicht Monate im voraus unkorrigierbar auf ein Ereignis festzulegen, dessen Modalitäten heute noch weitgehend unbekannt sind. Wenn sie im Moment trotzdem - und das ausgerechnet im Ausland, denn im Inland wurde über die Pressekonferenz nicht ein einziges Wort publiziert - die in letzter Zeit etwas fragwürdig gewordene Annahme stärken wollten, sie beabsichtigten der Moskauer antichinesischen Einheitsmanifestation aller Voraussicht nach fernzubleiben, muß hierfür ein besonderer Anlaß bestanden haben.

Fehlen auch offizielle Bestätigungen, so liegt doch nahe, anzunehmen, daß Belgrad am Vorabend der zweiten Konferenz der Blockfreien in Kairo die Teilnehmer dieser Versammlung noch einmal zusätzlich daran erinnern wollte, daß es trotz der sichtbaren Verbesserung seiner Beziehungen zum Ostblock keineswegs etwa seine spezifische Sonderrolle aufzugeben gedenke. Nichts unterstreicht dies deutlicher als der früher nur privat, jetzt jedoch erstmals auch offiziell geäußerte Standpunkt, die Auseinandersetzung mit China habe längst den kommunistischen Rahmen gesprengt, weshalb sie in einem breiteren Kreis unter Teilnahme der progressiv-antikolonialen Bewegungen und Parteien gelöst werden müßte. In Belgrad war man sich stets der Gefahr bewußt, die der chinesische Einfluß in vielen der jungen afro-asiatischen Länder bedeutet. Eine einseitige Verurteilung Peking's durch Moskau hätte China noch stärker als ein Opfer der Politik der weißen, sei es auch eine kommunistisch-antikoloniale Großmacht, und noch zusätzlich als ein Symbol der Entwicklung aus eigener Kraft erscheinen lassen.

Beide Aspekte sind gefährlich genug für die jugoslawische Position in der blockfreien Welt, die Tito in Kairo sicherlich noch zu festigen gedenkt.

+ + +